An das Präsidium des Nationalrates
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

An das Bundesministerium für Justiz
team.z@bmi.gv.at

Wien, am 05. September 2021

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Jurisdiktionsnorm, die Zivilprozessordnung, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Sachverständigen- und Dolmetschergesetz, das Gerichtsgebührengesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz, das E-Commerce-Gesetz und das Strafvollzugsgesetz geändert werden (Zivilverfahrens-Novelle 2021-ZVN 2021) – Begutachtungsverfahren;

GZ: 2021-0.514.519

Zum genannten Gesetzesvorhaben erstattet die Vereinigung österreichischer Richterinnen und Richter folgende

S t e l l u n g n a h m e:

Das Vorhaben, die gesetzlichen Grundlagen für die digitale Aktenführung zu schaffen, wird begrüßt. Damit wird auch einer langjährigen Forderung aus der Praxis – der Pilotbetrieb der digitalen Aktenführung startete im Jahr 2016 – Rechnung getragen.

Vorauszuschicken ist jedoch auch, dass der Entwurf in vielen Bereichen (etwa durch die Schaffung einer internationalen Zuständigkeit für in Drittstaaten begangene Verletzungen von Persönlichkeitsrechten in elektronischen Kommunikationsnetzen, die Verlagerung von Aufgaben der Justizverwaltung auf die Rechtsprechung, die Mehraufgaben bei der Organisation und Durchführung von Videokonferenzen, ...) zu einem Mehraufwand und damit einem zusätzlichen

Bedarf an richterlichen Planstellen führt. Wie schon zu oft in den letzten Jahren, wird ein durch Novellen und Reformen generierter Mehraufwand personell nicht berücksichtigt. Dieser Mehraufwand kumuliert sich laufend und ist dringendst abzudecken. Für die erfolgreiche Umsetzung (auch) dieses Gesetzesvorhabens werden daher im Rahmen des Personalplans zusätzliche Richter*innenplanstellen gefordert.

Zu Artikel 1 - Änderung der Jurisdiktionsnorm

Zu Z 5 (§ 83d JN):

In den Erläuterungen wird nicht dargelegt, warum dieser Gerichtsstand als ausschließlicher Gerichtsstand und nicht als Wahlgerichtsstand ausgestaltet sein soll. Für reine Binnenfälle wäre die Schaffung eines Wahlgerichtsstands zu bevorzugen, weil sich der allgemeine Gerichtsstand des Beklagten in der Regel leichter feststellen lässt als der Ort, an dem der Schaden eingetreten ist. Mit einem Wahlgerichtsstand könnten daher Zuständigkeitsstreitigkeiten reduziert werden. Die Formulierung des § 83d JN, wonach jenes Gericht ausschließlich zuständig ist, „*in dessen Sprengel das schädigende Ereignis eingetreten ist oder einzutreten droht*“ entspricht der Formulierung des Art. 7 Z 2 EuGVVO. Die Verwendung dieser dem innerstaatlichen Recht fremden Formulierung legt nahe, die Bestimmung anhand der zur EuGVVO ergangenen Rechtsprechung auszulegen. Der EuGH hat den Begriff „*Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist*“ gemeinschaftsrechtlich autonom in dem Sinn interpretiert, dass damit sowohl der Ort, an dem der Schaden eingetreten ist, als auch der Ort des ursächlichen Geschehens gemeint sei (*Simotta in Fasching/Konecny*² Art. 5 EuGVVO Rz 300 mwN). Demgegenüber wird in den Erläuterungen nur vom Ort gesprochen, an dem der Schaden eingetreten sei. Je nach Intention des Gesetzgebers wären entweder der Gesetzestext oder die Erläuterungen anzupassen. Entgegen der Annahme in der Wirkungsfolgenabschätzung ist davon auszugehen, dass die Schaffung eines neuen Gerichtsstandes, durch den Ansprüche wegen der Verletzung von Persönlichkeitsrechten in Österreich auch gegen Beklagte mit (Wohn-)Sitz in einem Staat außerhalb der Europäischen Union (Drittstaat) durchgesetzt werden können, durchaus zu einem Mehraufwand bei den Gerichten führen.

Zu Z 9 (§ 123 Abs. 2 JN):

Entgegen den Erläuterungen erscheinen für die geänderten Bestimmungen über die fachmännischen Laienrichter Übergangsbestimmungen erforderlich. Für die durch Z 4 (§ 15 Abs. 5 JN) geänderte Zuständigkeit über die Ablehnung eines fachkundigen Laienrichters wäre klarzustellen, wie mit zum Zeitpunkt des Inkrafttretens gestellten, aber noch nicht erledigten Ablehnungsanträgen umzugehen ist.

Zu Artikel 2 - Änderung der Zivilprozessordnung

Zu § 54 ZPO:

Die von den Parteien vor Schluss der Verhandlung zu übergebenden Kostennoten müssen im Fall der elektronischen Aktenführung gescannt werden und werfen die Frage auf, wie mit dem Original in Papierform umzugehen ist. Es wird daher angeregt, die Möglichkeit zu schaffen, die Kostenverzeichnisse bis zum Folgetag im ERV einzubringen.

Zu Z 3 (§ 68 Abs. 2 ZPO) und Z 5 (§ 71 ZPO):

Inhaltlich bestehen gegen diese Regelung, dass künftig bei Beschlüssen über die Entziehung der Verfahrenshilfe bzw. auf Nachzahlung nach § 71 ZPO künftig die Richter*innen auch der Höhe nach über die Gerichtsgebühren absprechen (siehe Anmerkung zu den § 68 und § 71 ZPO auf S. 6 f der erläuternden Bemerkungen) keine Bedenken. Auch wenn die vorgeschlagenen Änderungen - isoliert betrachtet – einen überschaubaren Zusatzaufwand für die Richterschaft mit sich bringen, wird dies zu einer in der Wirkungsfolgenabschätzung nicht ausgewiesenen Mehrbelastung der Rechtsprechungsorgane und zu einer Entlastung der Justizverwaltung (Kostenbeamte) führen.

Zu Z 7 (§ 75 Z 1 ZPO):

Die Angabe der Beschäftigung sollte gänzlich entfallen, weil in der Praxis oft nur zwischen Selbständigen, Arbeitern, Angestellten und Beschäftigungslosen unterschieden wird, was keine Individualisierung erlaubt.

Wichtig wäre aber, Telefonnummern der Parteien oder ihrer Vertreter anzuführen. Soweit Anwälte einschreiten, findet sich die Telefonnummer im Rubrum. Bei unvertretenen Parteien fehlt in der Praxis oft die Telefonnummer. Diese ist gerade für kurzfristige Verständigungen von Terminverlegungen oder für Rückfragen oft erforderlich.

Analog zum Geburtsdatum sollte die Firmenbuchnummer von eingetragenen Unternehmen angeführt werden.

Zu Z 8 (§ 80 ZPO):

Die Aufhebung des - wie in den Erläuterungen zutreffend ausgeführt - nicht mehr zeitgemäßen §80 ZPO wird ausdrücklich begrüßt. Dieser Grundsatz sollte in der gesamten ZPO durchgezogen werden, bsp in §§ 81 Abs 1, 84 Abs 2 („erforderliche Anzahl an Schriftsätzen“), 251 oder 448 Z 1.

Zu Z 11 und 12 (§ 85 ZPO):

Die Neufassung des § 85 ZPO wird ausdrücklich begrüßt. Die Formulierung lässt eine flexible Handhabung je nach Art der Einbringung (in oder außerhalb des elektronischen Rechtsverkehrs), der Aktenführung (digital oder Papier) und des zu verbessernden Mangels zu. Somit kann das Gericht jeweils im Einzelfall entscheiden, ob ein Schriftsatz zur Verbesserung zurückgestellt wird oder nicht.

§ 132a ZPO:

Wenngleich sich die Bestimmung des § 3 1.COVID-19-JuBG als Krisenmaßnahme grundsätzlich bewährt hat, wäre es vor Überführung der Bestimmung ins Dauerrecht zweckmäßig gewesen, eine gemeinsame Evaluierung mit den betroffenen Berufsgruppen und unter Einbeziehung der Wissenschaft durchzuführen.

Vorausgeschickt wird, dass durch die Vorgabe von Kriterien, die erfüllt sein müssen, um eine Videoverhandlung abzuhalten, und die Ausführungen auf Seite 9 der Erläuterungen klargestellt wird, dass es sich bei der Durchführung von mündlichen Verhandlungen und Anhörungen ohne persönliche Anwesenheit der Parteien oder ihrer Vertreter unter Verwendung geeigneter technischer Kommunikationsmittel zur Wort- und Bildübertragung, um die Ausnahme und nicht die Regel handelt.

Eine in den Abwägungen der Erläuterungen nicht berücksichtigte Komponente ist die durch die Videokonferenz erleichterte Möglichkeit für Verfahrensbeteiligte, unerlaubte Aufzeichnungen der Verhandlungen (§ 22 Mediengesetz) anzufertigen. Solche Fälle sind auch tatsächlich in der Praxis aufgetreten, sollten jedoch durch entsprechende Vorkehrungen so weit wie möglich unterbunden werden.

Wie in den Erläuterungen zutreffend festgehalten, muss die Entscheidung, ob eine Verhandlung im Wege einer Videokonferenz abgehalten wird, beim Gericht im Rahmen der unabhängigen Rechtsprechung liegen. Die Entscheidung darf auch nicht dadurch beeinflusst werden, dass die Raumressourcen verknappt werden. Den Gerichten müssen daher (weiterhin) Verhandlungssäle in ausreichender Zahl und ausreichender Größe zur Verfügung stehen, um grundsätzlich alle Tagsatzungen in Präsenz abzuhalten. Die Entscheidung über die Durchführung als Videokonferenz unterliegt auch nicht der Kontrolle durch die Dienstaufsicht oder Innenrevision.

Es steht auch zu befürchten, dass Parteien mitunter sehr nachdrücklich die Durchführung von Zoom-Verhandlungen fordern und dafür auch Argumente wie lange Anreisewege,

Klimaschutzgedanken, Sparsamkeitsüberlegungen, Verkürzung der Ausschreibungsfristen etc ins Treffen führen. In den Erläuterungen ist daher klarzustellen, dass die Entscheidung darüber, ob eine Verhandlung im Wege einer Videokonferenz durchgeführt wird oder nicht, ausschließlich in den Händen der unabhängigen Rechtsprechung liegt, die sich nicht erklären oder gar rechtfertigen muss, wenn sie eine Verhandlung in Anwesenheit der Beteiligten durchführen möchte. Die Ausführungen auf Seite 9 der Erläuterungen *„jedoch liegt die Entscheidung über die Abhaltung einer Tagsatzung unter Einsatz von Videotechnologie in jedem Fall letztlich beim Gericht; selbst wenn beide Parteien zustimmen sollten und sich das vorgesehene Prozessprogramm hierfür eignen mag, kann das Gericht von einem solchen Vorgehen Abstand nehmen (etwa weil es eine von technischen Einrichtungen unbeeinflusste Kommunikation in der Verhandlung vorzieht)“* könnten dahin verstanden werden, dass das Gericht seine Entscheidung begründen muss; das ist strikt abzulehnen.

Die Ausstattung der Gerichte mit geeigneten Videokonferenzanlagen ist zu erhöhen. Die Nutzung ein und desselben PCs für die digitale Aktenführung und die Videokonferenz war als Notmaßnahme während der Pandemie brauchbar. Auf Dauer bedarf es aber vom persönlichen PC des Entscheidungsorgans unabhängige Videokonferenzlösungen, weil die am PC zur Verfügung stehenden Bildschirme für den digitalen Akt benötigt werden. Auch für sogenannte Hybridverhandlungen, bei denen sich ein Teil der Verfahrensbeteiligten im Gerichtssaal befindet und der andere Teil über Video zugeschaltet ist, fehlen an den Gerichten geeignete technische Lösungen in ausreichender Zahl.

Für Tagsatzungen, in denen keine Personalbeweise aufgenommen werden, sollte die Entscheidung über die Abhaltung der Verhandlung als Videokonferenz unter der Voraussetzung der technischen Verfügbarkeit nicht von einer Zustimmung der Parteien abhängen. Nur so kann verhindert werden, dass mit dem Zustimmungsrecht eine sachfremde Prozesstaktik verfolgt wird. Hier ist neben der klassischen Prozessverschleppung auch daran zu denken, dass eine Partei einen äußerst kurzen Anreiseweg zum Gericht hat, während die Gegenseite eine Anreise quer durch das Bundesgebiet zu bewältigen hätte.

Soweit in den Erläuterungen auf die Entbehrlichkeit von Sondervorschriften zur Unterschriftsleistung aufgrund der Neugestaltung der Protokollierungsregel verwiesen wird, trifft dies für den Fall, dass in der Tagsatzung ein Vergleich geschlossen wird, nicht zu. Wie unten dargelegt, sprechen wir uns generell dafür aus, dass auch bei einem Vergleichsabschluss die Unterfertigung des Protokolldeckblatts nicht erforderlich sein soll.

Zu Z 15 und 16 (§§ 207 bis 217 ZPO):

Die Neuordnung der Protokollierungsvorschriften wird grundsätzlich positiv bewertet.

Wenn nunmehr Protokolle von Amts wegen zuzustellen sind, könnte wohl auch die Bestimmung des § 206 entfallen. Bisher wurde die Protokollierung von Vergleichen in § 204 geregelt; es ist zu überlegen, ob diese Bestimmung in Anbetracht des neuen § 209 entfallen kann.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Protokollierung könnte man auch die Notwendigkeit und Aktualität der §§ 265 und 280 ZPO prüfen (siehe auch die Rechtsmittelbeschränkung in § 291 Abs 2 ZPO zu stenographischen Protokollen).

Zu § 208 Abs. 1 Z. 3 ZPO wird in den Erläuterungen nicht begründet, aus welchem Grund der Personenkreis, dessen Anwesenheit im Protokoll festzuhalten ist, erweitert wird. So kommt es in der Praxis vor, dass die Parteienvertreter Hilfspersonal, in Großverfahren durchaus in hoher Anzahl und wechselnder Besetzung, zu ihrer Unterstützung mitnehmen. Einen Mehrwert des dadurch verursachten Zusatzaufwands, all diese Personen namentlich im Protokoll zu erfassen, wird nicht gesehen. Wenn in Z 1 der Dolmetscher genannt wird, dann wäre zu überlegen, auch den Sachverständigen zu nennen.

Zu § 209 ZPO:

Der Entfall des Erfordernisses der Unterschriftsleistung der Parteien auf dem Verhandlungsprotokoll wird angesichts der digitalen Aktenführung ausdrücklich begrüßt. Die vorgeschlagene Regelung, dass bei Vergleichsabschluss das Protokolldeckblatt von den Parteien zu unterschreiben ist, wird entschieden abgelehnt. Abgesehen davon, dass dadurch in einem Verfahren, das noch dazu gerade beendet wurde, ein Teil-Papierakt für das Protokolldeckblatt (die Unterschrift mittels Signpad ist keine Unterschrift im Rechtssinn und werden die Verhandlungssäle gar nicht mehr mit solchen Geräten ausgestattet) angelegt werden muss, ist durch die Unterschrift auf dem Deckblatt kein Mehrwert gegeben. Es soll auch zukünftig dem richterlichen Ermessen obliegen, ob der Vergleichstext in Vollschrift festgehalten und von den Parteien unterfertigt wird oder die Protokollierung des Vergleichs als Diktat erfolgt.

Zu Z 26 (§ 351 Abs 2 ZPO):

Diese Bestimmung wird strikt abgelehnt.

§ 351 Abs 2 ZPO des Entwurfs sieht vor, dass die Beauftragung eines Sachverständigen zu unterbleiben hat, wenn dieser zum Zeitpunkt der beabsichtigten Bestellung in mehr als zehn Verfahren das schriftliche Gutachten nicht innerhalb von drei Monaten nach Auftragserteilung übermittelt hat. In den Erläuterungen wird dazu ausgeführt, dass ein Kritikpunkt sei, dass Gerichtssachverständige aufgrund ihrer häufigen Bestellung durch Gerichte und

Staatsanwaltschaften überlastet seien und deshalb die Dauer der Gutachtenserstellung die hierfür gesetzten Fristen oftmals (erheblich) überschreite; ferner leide unter der Überbelastung zwangsläufig auch die Gutachtensqualität.

Der Auswahl von Sachverständigen kommt in einem Zivilverfahren erhebliche Bedeutung zu; jedes Entscheidungsorgan wird daher danach trachten, die bestgeeigneten Gutachter*innen auszuwählen. In komplexen Verfahren erfolgt in der Regel ohnehin – vor Bestellung der Sachverständigen – eine Abklärung, ob und unter welchen Rahmenbedingungen eine Gutachtenserstellung möglich ist. Sachverständige werden deshalb sehr häufig bestellt, weil die Qualität ihrer Arbeit von den Entscheidungsorganen und den Parteien geschätzt wird. Wenn manche von ihnen überlastet sind, dann in der Regel deshalb, weil es in einigen Fachgebieten trotz hohem Bedarf zu wenige gerichtlich zertifizierte Sachverständige gibt, was vor allem auf viele medizinische Fachgebiete zutrifft.

Die geplante Bestimmung des § 351 Abs 2 ZPO löst dieses Ressourcenproblem nicht, sondern schafft durch diese zusätzliche Informationsbeschaffung vielmehr einen Mehraufwand für Richter*innen und Kanzleimitarbeiter*innen. Häufig wird in der Verhandlung mit den Parteien nämlich erörtert, welcher Sachverständig bestellt werden sollen. In der Folge wird der Bestellungsbeschluss (bei gleichzeitigem Rechtsmittelverzicht) mündlich verkündet, sodass der Gutachtensauftrag unverzüglich erteilt werden kann. Wenn die Richter*innen angehalten sind, vor der Bestellung von Sachverständigen erst die Auslastungsstatistik zu konsultieren, dann wird diese bewährte, verfahrensökonomische Vorgehensweise nicht mehr möglich sein und müssen in der Folge schriftliche Bestellungsbeschlüsse gefasst und zugestellt werden.

Schließlich ist auch die Auslastungsstatistik, die auf den VJ-Eintragungen basiert, kritisch zu hinterfragen. Immer wieder melden Sachverständige erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Auslastungsstatistik an. Dies mag gelegentlich an fehlerhaften VJ-Eintragungen liegen, ist aber letztlich ein systemimmanentes Problem. Denn die Auslastungsstatistik kann (von Sachverständigen nicht zu vertretende) Verzögerungen bei der Übermittlung des Gerichtsaktes, aber auch bei Erstellung des Gutachtens gar nicht berücksichtigen. So ist zB an Fälle zu denken, in denen Sachverständige gesetzeskonform (§ 25 GebAG) Kostenwarnungen ausgesprochen haben. Diese sind den Parteien weiterzuleiten, in der Folge sind ergänzende Kostenvorschüsse abzuverlangen. Dieses Procedere kann zu einer Verzögerung von mehreren Wochen führen, die in der Auslastungsstatistik nicht berücksichtigt wird.

Die Bestimmung des § 351 Abs 2 ZPO hat daher ersatzlos zu entfallen. Stattdessen sollten vermehrt Anstrengungen unternommen werden, um eine flächendeckende Versorgung mit versierten Sachverständigen (weiterhin) gewährleisten zu können.

In komplexen Verfahren erfolgt in der Regel ohnehin – vor Bestellung der Sachverständigen – eine Abklärung, ob und unter welchen Rahmenbedingungen eine Gutachtenserstellung möglich ist.

Zu Z 29 (§ 396 ZPO):

Hier fehlt es an der dringend notwendigen Vorgabe, wie im elektronischen Akt Versäumungsurteile auszufertigen sind. Die Lösung, dabei an Rubriken mit Stempelaufdrucken festzuhalten, steht in augenscheinlichem Widerspruch zur Digitalisierung.

Zu Z 30 (§ 414 ZPO):

Der Gesetzeswortlaut widerspricht insofern den Erläuterungen als danach auch bei Kenntnis der Begründung eine Ausfertigung eines nicht rechtskräftigen Urteils unzulässig wäre.

Zu Artikel 3 – Änderung des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes

Zu Z 1 (§ 83 ASGG):

Auch die Abschrift der Klage könnte in diese Bestimmung aufgenommen werden, da diese oftmals durch den Versicherungsträger übermittelt wird und das Gericht sodann die Klage im Original anfordert.

Zu Artikel 4 - Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes

Zu Z 7 (§ 81a GOG):

Zu überlegen ist, ob diese Bestimmung auf bürgerliche Rechtssachen beschränkt sein soll, nachdem die Digitalisierung in der Justiz auch schon andere Gattungen betrifft.

Die Nennung der/des „Rechtspflegerin/s“ erscheint überflüssig, weil im GOG mit „Richter“ immer auch der „Rechtspfleger“ mitgemeint ist, sofern er anstelle des Richters tätig wird.

Wenn Beilagen erst sechs Monate nach der Digitalisierung zu vernichten sind, stellt sich die Frage, wie die Geschäftsabteilung diese Frist überwachen soll.

Angeregt wird, Kostennoten und Klagsrubriken für Versäumungsurteile nach erfolgter Digitalisierung zu vernichten. Klagsrubriken haben keinen Einfluss auf die Sachentscheidung, Kostennoten lediglich auf die Kostenentscheidung. Sollte eine Kostennote unvollständig gescannt worden sein, kann sie notfalls noch einmal von der Partei abgefordert werden. Rubriken und Kostennoten machen gerade im bezirksgerichtlichen Verfahren einen wesentlichen Anteil an zu scannenden Aktenstücken aus.

Den Erläuterungen zu Abs. 3 und 4, wonach elektronische Eingaben unverändert, so wie sie einlangen, zum digitalen Akt genommen werden, und es daher zu keinen Medienbrüchen komme und sich somit keine Fragen der Übereinstimmung des Einlangenden mit dem zum Akt genommenen stellen, muss widersprochen werden. Auch die einlangenden PDF-Dateien werden auf den Servern des Bundesrechenzentrums einer Aufbereitung unterzogen, etwa durch eine automatische Texterkennung und andere Optimierungsprozesse. Im Rahmen des Pilotbetriebs der digitalen Aktenführung ist es dabei (wenn auch sicher vereinzelt) vorgekommen, dass diese Bearbeitung zu einer inhaltlichen Veränderung der eingebrachten Dokumente geführt ist, etwa dadurch dass ein ursprünglich enthaltener Text gelöscht oder an anderer Stelle des Dokuments angezeigt wurde. Der dadurch zwischen den Parteien entbrannte Streit über eine vermeintliche Beweismittelfälschung konnte erst nach und nach durch das Einschalten des Bundesrechenzentrums geklärt werden. Für solche Fälle wäre legislativ und auch technisch dahingehend Vorsorge zu treffen, dass das Gericht jederzeit, möglichst ohne Zutun Dritter, auf die ursprünglich eingebrachten Dateien unmittelbar zugreifen kann.

Die in den Erläuterungen zu Abs. 3 angeführte Rechtsfolge, wonach Eingaben, die den Anforderungen des § 5 ERV 2006 nicht entsprechen, allenfalls nach einem Verbesserungsversuch zurückzuweisen wären, findet sich nicht im Gesetzestext.

Bei Abs. 5 wäre im Gesetzestext wie in den anderen Absätzen klarzustellen, dass diese Bestimmung nur bei digital geführten Akten zur Anwendung kommt.

Gemäß dem vorgeschlagenen Abs 6 soll unter anderem die nähere Vorgangsweise betreffend Form der Eingaben und Erledigungen im eJ-Online-Handbuch bestimmt werden. Dabei handelt es sich gemäß § 80 Abs. 3 GOG um einen in der jeweils aktuellen Fassung über das Intranet der Justiz abrufbar zu haltenden Erlass der Bundesministerin für Justiz. Verfahrensrechtliche Bestimmungen mit Außenwirkung sind jedoch in den Verfahrensgesetzen selbst oder in entsprechenden Ausführungsverordnungen, insbesondere der Geo. zu regeln. Im eJ-Handbuch sind ausschließlich Gerichtsinterna zu regeln (Erl 769 dB XXVII. GP). Bei der Form der Eingaben

ans Gericht und der Erledigungen an die Parteien handelt es sich um solche Regelungen mit Außenwirkungen, die keinesfalls im Erlassweg geregelt werden können.

Aus grundsätzlichen, rechtsstaatlichen Erwägungen und aufgrund des Umstands, dass der unabhängigen Rechtsprechung keine Vorgaben im Erlassweg gemacht werden können, ist (im Zweifel) der Normsetzung durch Gesetze oder Verordnungen der Vorzug zu geben.

Die Geo. sollte grundsätzlich der Leitfaden sein, wie Akten zu führen sind und wie die Ablauforganisation innerhalb des Gerichts funktioniert. Die Geo. ist mittlerweile veraltet, viele Bestimmungen sind obsolet. Dafür sind andere Bereiche ungeregt. Eine Neukodifizierung scheint dringend erforderlich. Das eJ-Handbuch kann die Geo. ergänzen, aber nicht ersetzen. Der digitale Akt wäre ein Anlass, organisatorische Abläufe zu hinterfragen und die Geo. komplett neu zu fassen.

Zu Z 9 (§ 89c Abs 2a GOG):

Die Neufassung dieser Bestimmung wird begrüßt. Hinsichtlich der gerichtsinternen Anordnungen und verfahrenseinleitenden Beschlüssen lässt der Entwurf jedoch offen, ob und gegebenenfalls wie diese Erledigungen statt einer Unterschrift zu bestätigen sind, damit sie verbindlich werden.

Auch hier stellt sich die Frage, ob die Bestimmung auf bürgerliche Rechtssachen beschränkt sein soll.

Zu Artikel 6 - Änderung des Gerichtsgebührengesetzes

Zu Z 19 (TP 1 Anm 4 GGG):

Die Ermäßigung der Pauschalgebühr für in der ersten Tagsatzung geschlossene Vergleiche hat sich in der Praxis als Anreiz für eine schnelle, vergleichsweise Lösung des Rechtsstreits bewährt. Die im Entwurf vorgeschlagene Ausweitung des Anwendungsbereichs auf Klagsrückziehungen vor oder in der ersten Tagsatzung sowie die Klarstellung, dass auch bedingte Vergleiche von der Gebührenermäßigung umfasst sind, wird ausdrücklich begrüßt.

Zu Z 30 (Art. VI Z 5 GGG):

Hinsichtlich der Gebührenermäßigung im Falle einer Klagsrückziehung wäre durch eine Übergangsbestimmung klarzustellen, auf welche Fälle die novellierte Bestimmung anzuwenden ist. Die Gebührenpflicht, auf die die Übergangsbestimmung abstellt, ist in diesen Fällen bereits mit Überreichung der Klage entstanden. Praktikabler erschiene es, in den Übergangsbestimmungen auf den Zeitpunkt der Klagszurückziehung abzustellen.

Zu Artikel 7 – Änderung des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes

Zu Z 8 (§ 2 GEG:

Die vorgesehen Änderungen iZm § 2 GEG (insbes. Entfall der 300 Euro-Grenze) werden zu einem richterlichen Mehranfall in 1. und 2. Instanz führen.

Mag. Sabine Matejka

Präsidentin